



Harald Ritter

aus Marzahn

14. Dezember 2017, 00:00 Uhr | 729× gelesen | 0 | 0

Bürgerinitiative lehnt geplanten Ausbau der Lemkestraße ab

Das Bezirksamt will die Lemkestraße ab 2019 ausbauen. Dagegen regt sich Widerstand. Anwohner haben eine Bürgerinitiative gegründet.

„Wir befürchten, dass die Lemkestraße zur Lösung für den Durchgangsverkehr im Siedlungsgebiet und Teil der Umfahrung des Ortsteilzentrums Mahlsdorf wird“, sagt Marco Hoffmann, Sprecher der Bürgerinitiative (BI). Der Ausbau würde nicht nur zulasten des alten Baumbestandes an der Straße gehen, sondern auch der Anwohner. Die Parkflächen in der Straße würden reduziert und die Anwohner müssten mehr Verkehrslärm ertragen. Der Wert der Grundstücke würde erheblich gemindert.

Dass die Befürchtungen nicht unbegründet sind, zeigt ein Blick in den aktuellen Ergänzungsplan für den Straßenverkehr des Berliner Senats. Er führt die Lemkestraße tatsächlich als Sammelstraße und wichtigste Erschließungsstraße für das Siedlungsgebiet Mahlsdorf-Nordost auf. Zudem gibt es noch immer kein offiziell verabschiedetes Konzept für die Entlastung des Mahlsdorfer Zentrums. Das 2013 von der Akteursrunde Ortsteilzentrum vorgeschlagene Konzept sieht vor, die Landsberger Straße auszubauen. Dieser Vorschlag ist aber für das Bezirksamt unverbindlich und dieses streitet sich noch mit dem Senat über die Lösungen in der Hönower Straße.

Die Anwohner möchten, dass das gesamte gründerzeitliche Siedlungsgebiet rund um die Lemkestraße unter Denkmalschutz gestellt wird. Das historische Straßenpflaster, das etwa ein Fünftel der rund 1,6 Kilometer langen Straße

bedeckt, soll beim Ausbau der Straße erhalten bleiben. Weiterhin soll Tempo 30
Durch Nutzung dieser Website stimmen Sie der Verwendung von Cookies für Analysen, personalisierte

und das Durchfahrtsverbot für Lkw über 7,5 Tonnen auch nach dem Ausbau weiter bestehen. Die Lemkestraße soll mit den anderen umliegenden Straßen als gleichrangig eingestuft werden und alle zusammen sollen in einer Art „Schwarmstrom“ das Siedlungsgebiet von Verkehr entlasten.

Ein Gespräch der BI mit Verkehrsstadtrat Johannes Martin (CDU) brachte keine Annäherung. „Das Ergebnis war ernüchternd“, erklärte Hoffmann gegenüber der Berliner Woche. Martin habe kein Verständnis für die Sorgen der Anwohner gezeigt. Auf Nachfrage erklärte der Verkehrsstadtrat, dass der Zustand der Straße sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert habe und mit massiven Belastungen der Anlieger einhergehe. Die Investition sei dringend notwendig. Er sei bereit, prüfen zu lassen, ob Teile der Straßenpflasterung erhalten bleiben können. Es im Ganzen zu erhalten, würde aber eine weitere Belastung für die Anwohner durch den darüber fahrenden Verkehr bedeuten.



Gefällt **0** mal



Autor:

Harald Ritter aus Marzahn

Folgen



4 folgen diesem Profil

KOMMENTARE
